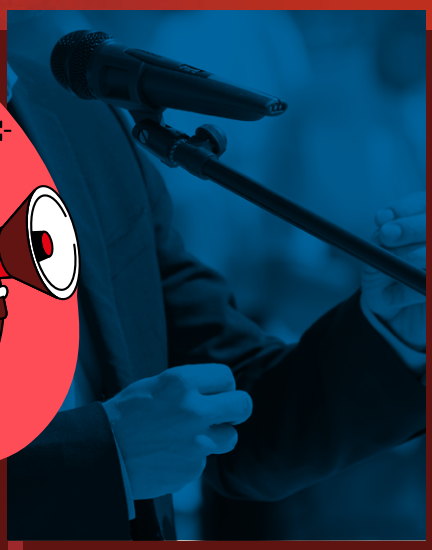
KOMMUNALES MONITORING

Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo)

Bitschnau S., Eberspach K., Sosnowski L.











Zentrale Befunde aus der Herbst-befragung 2025

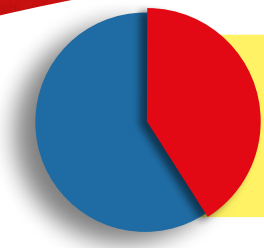
Stand:
März 2026

Bundeskriminalamt
Deutscher Städtetag
DEUTSCHER LANDKREISTAG
DStGB Deutscher Städte- und Gemeindebund
motra Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung

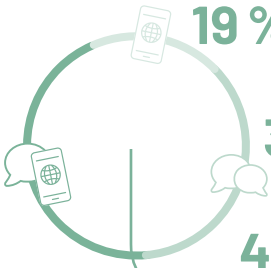
motra
Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung

Kommunales Monitoring
Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo)

Auswertung zur Herbstbefragung 2025*



41 % der Befragten haben in ihrer bisherigen Amtszeit mindestens einen Vorfall erlebt, den sie als besonders belastend oder schwerwiegend empfunden haben.



19 % nur digital

36 % nur analog

45 % hybrid

Überwiegend **Beleidigung, Verleumdung** oder **Bedrohungen.**

Belastungsfaktoren:
- Einbeziehung des persönlichen Umfelds
- öffentliche/mediale Sichtbarkeit
- Form der Anfeindung
- Häufigkeit/Dauer des Vorfalls

18 % der Vorfälle wurden zur **Anzeige** gebracht.

34 % der Befragten haben zwischen **November 2024** und **Oktober 2025** Anfeindungen erlebt.

- **Ø 1–2 Mal pro Monat**
- **29 %** nur analog, **43 %** nur digital, **28 %** hybrid
- Überwiegend **Beleidigungen, Verleumdungen und Nötigungen**
- **23 %** der Vorfälle wurden zur **Anzeige** gebracht.
- **87 %** der Betroffenen berichten von **psychischen und/oder physischen Folgen**
  - Rufschädigung
  - Schlafprobleme
  - vorsichtiges Verhalten
  - depressive Verstimmungen
  - Einschränkung von Social Media Nutzung
  - Verzicht auf Kandidatur

46 % der Befragten nahmen in den letzten 12 Monaten eine **Eskalation/Zuspitzung** von Anfeindungen wahr.

- **stärkere** Schwere
- **höhere** Häufigkeit
- **mehrere** Beteiligte
- gezielte Angriffe auf **privates Umfeld**
- Wechsel von **analogen** zu **digitalen** Kanälen

8 % der Befragten berichten, dass ihre **Familienangehörigen** in den letzten zwölf Monaten von Anfeindungen oder Übergriffen betroffen waren.

36 % der Befragten berichten von Anfeindungen oder Übergriffen gegen **Mitarbeitende Ihrer Verwaltung oder Mitglieder der Stadt- bzw. Gemeindevertretung.**

51 % der Befragten halten **zusätzliche Schutzmaßnahmen** für erforderlich.

* Referenzzeitraum: November '24-Oktober '25; n = 1.586

Kontakt: kommunalmonitor@bka.bund.de

Bundeskriminalamt
Deutscher Städtetag
DEUTSCHER LANDKREISTAG
DStGB Deutscher Städte- und Gemeindebund

Gefördert durch:
Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt
Bundesministerium des Innern
Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Aktuelle Befunde aus dem „Kommunalen Monitoring“ – Herbstbefragung 2025

Die Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus des Bundeskriminalamts führt in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden (DST, DLT, DStGB) im Rahmen des Verbundprojektes MOTRA seit Herbst 2021 ein „Kommunales Monitoring zu Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern“ (KoMo) durch. Es handelt sich hierbei um eine längsschnittlich angelegte bundesweite Online-Befragung aller ehren- und hauptamtlichen (Ober-)Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Landrätinnen und Landräte in den rund 11.000 Kommunen in Deutschland zu ihren Erfahrungen mit Hass, Hetze und Gewalt im Amtsalltag. Die Befragungen wurden in der ersten Projektphase (2021 bis 2024) halbjährlich durchgeführt und werden mit Beginn der zweiten Projektphase (2025) in einem jährlichen Turnus mittels selbstselektiver Stichproben fortgeführt. Diese regelmäßige Erhebung ermöglicht eine kontinuierliche Beobachtung des Anfeindungsgeschehens gegenüber kommunalpolitischen Amtsträgerinnen und Amtsträgern. Dabei dienen die Befragungen nicht nur einem wissenschaftlichen Selbstzweck, sondern liefern auch eine Grundlage für die Entwicklung präventiver Handlungsstrategien im engen Austausch mit weiteren Akteuren aus Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft. Zudem wird den kommunalpolitischen Amtsträgerinnen und Amtsträgern mittels der Befragungen eine Plattform geboten, sich regelmäßig mitzuteilen und ihre Erfahrungen mit denen ihrer Kolleginnen und Kollegen zu teilen. Die in diesem Bericht aufgeführten Ergebnisse beziehen sich auf die Herbstbefragung´25 (Referenzzeitraum: November 2024 - Oktober 2025).

Erhebungsdesign und Stichprobe

Der Onlinefragebogen der Herbstbefragung 2025 enthält neben Fragen zum Amtsalltag in der amtlich zu verantwortenden Kommune sowie demografischen Angaben Items zu persönlichen Erfahrungen mit Hass, Hetze und Übergriffen im analogen und digitalen Raum – sowohl bezogen auf den **schwerwiegendsten Vorfall in der bisherigen Amtszeit** als auch auf den **letzten Vorfall in den vergangenen zwölf Monaten** (Referenzzeitraum: November 2024 bis Oktober 2025). Der Fragebogen war im Zeitraum vom 25. November 2025 bis zum 31. Januar 2026 zugänglich; die mediane Bearbeitungsdauer betrug 6:31 Minuten.

Die Grundgesamtheit der Studie umfasst etwa 11.000 (Ober-)Bürgermeisterinnen und -Bürgermeister sowie Landrätinnen und Landräte in der Bundesrepublik. Da keine detaillierten demografischen Informationen zur Grundgesamtheit vorliegen und allen Personen der Zielgruppe die Möglichkeit zur Teilnahme eingeräumt werden sollte, wurde auf selbstselektive Stichproben zurückgegriffen. Dazu wurden bundesweit alle Kommunen mit einem Einladungsschreiben inklusive Link zum Onlinefragebogen kontaktiert – basierend auf öffentlich zugänglichen E-Mail-Adressen sowie der Weiterleitung durch die kommunalen Spitzenverbände –, sodass alle Personen der Zielgruppe die gleiche Chance hatten, an der Befragung teilzunehmen. Die Teilnahme erfolgte freiwillig und anonym. Insgesamt liegen **1.586 auswertbare Fragebögen** aus der Zielgruppe vor, was bei etwa 11.000 kontaktierten Kommunen einer **Rücklaufquote von 14 %** entspricht.

Durch die selbstselektive Stichprobe können Verzerrungen durch Selektionsbias entstehen, da vor allem Personen teilnehmen könnten, die ein besonderes Interesse an dem Thema haben oder sich persönlich betroffen fühlen, während weniger betroffene oder weniger motivierte Personen tendenziell nicht teilnehmen. Um diesem Bias entgegenzuwirken, wurde in den Einladungsschreiben explizit darum gebeten, auch dann an der Befragung teilzunehmen, wenn in den letzten zwölf Monaten keine entsprechenden Vorfälle erlebt wurden. Da die Stichprobe weder zufällig gezogen noch nach demografischen Merkmalen der Grundgesamtheit gewichtet wurde, sind die Ergebnisse nicht repräsentativ. Dennoch wurde versucht, ein möglichst realistisches Bild auf Bundesebene zu erhalten und Verzerrungen zu minimieren, indem die Daten nachträglich auf Basis der Gemeindeanzahl pro Bundesland gewichtet wurden. Bei der Interpretation der nachfolgenden Ergebnisse ist dieser Umstand entsprechend zu berücksichtigen.

Die soziodemografische Zusammensetzung der Stichprobe zeigt, dass die Altersgruppe der 51- bis 60-Jährigen mit 37 % am stärksten vertreten ist (vgl. Abb. 1). Die Mehrheit der Befragten sind Männer (82 %), während 18 % Frauen sind (vgl. Abb. 2). Zudem üben 53 % der Befragten ihr Amt hauptamtlich aus, während 47 % ehrenamtlich tätig sind (vgl. Abb. 3). Hinsichtlich der Amtszeit sind 37 % der Befragten seit 4 bis 9 Jahren im Amt, 34 % seit 10 Jahren oder länger und 29 % seit bis zu 3 Jahren (vgl. Abb. 4). Mit 50 % sind die Befragten überwiegend in kleineren Gemeinden mit bis zu 10.000 Einwohner*innen tätig (vgl. Abb. 5).

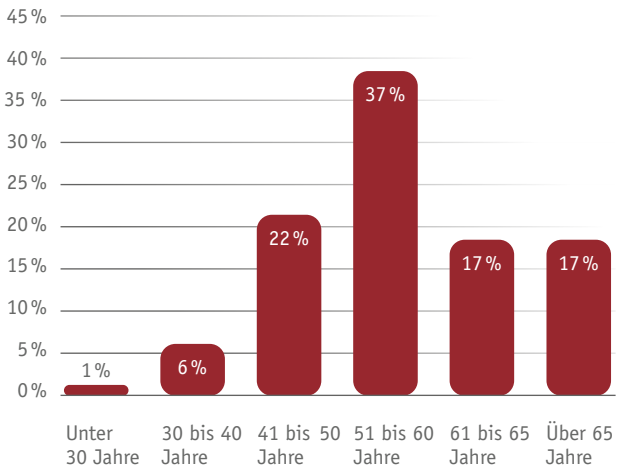


Abbildung 1: Alter der Befragten (%)

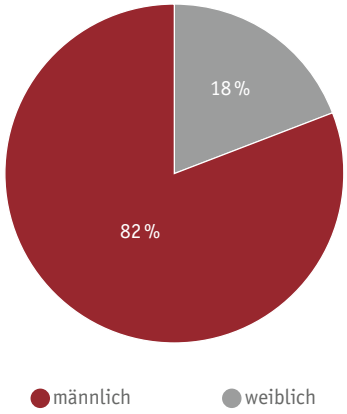


Abbildung 2: Geschlecht der Befragten (%)

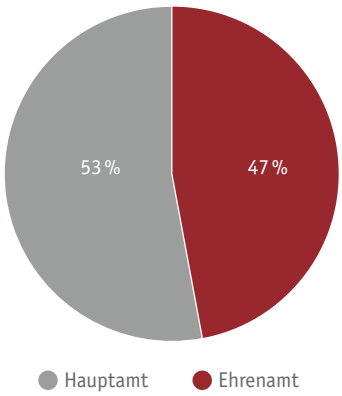


Abbildung 3: Funktion der Befragten (%)

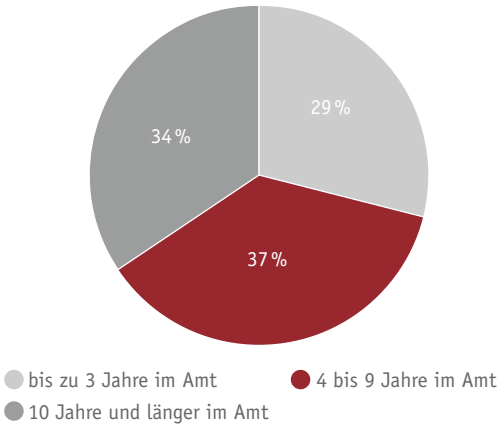


Abbildung 4: Amtszeitdauer der Befragten (%)

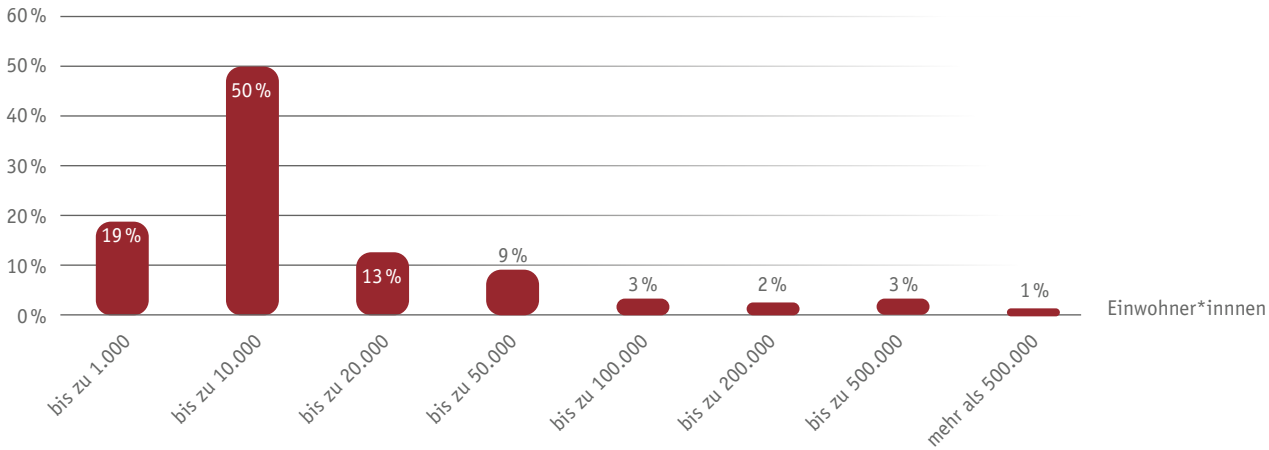


Abbildung 5: Gemeindegröße (%)

Amtsalltag in der Komnune

a) Einschätzung des politischen Miteinanders in der amtlich zu verantwortenden Kommune

Insgesamt schätzen die Befragten das politische Miteinander in der amtlich zu verantwortenden Kommune im Durchschnitt als weitgehend stabil ein (vgl. Abb. 6).

Die Mittelwerte zeigen, dass auf einer Skala von 1 (sehr schlecht) bis 7 (sehr gut) insbesondere die interne Zusammenarbeit zwischen politischen Akteuren, das zivilgesellschaftliche Engagement sowie die Verlässlichkeit kommunaler Entscheidungsprozesse in den Kommunen positiv bewertet werden (MW ≥ 5).

Als vergleichsweise solide werden die konstruktive Bewältigung von Koflikten, der soziale Zusammenhalt und die Integration unterschiedlicher Gruppen in die Kommune sowie das Vertrauen in kommunale Institutionen und Akteure wahrgenommen (MW ≥ 4,6).

Demgegenüber werden der Umgang mit gesellschaftlichen und politischen Spannungen, die Fairness der kommunalen Resourcenverteilung, die Bürgerbeteiligung sowie die Anpassungsfähigkeit an gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen deutlich kritischer eingeschätzt (MW < 4,6).

Dies deutet darauf hin, dass die kommunalpolitischen Strukturen insgesamt mit einem Mittelwert von 4,8 über alle Items zwar funktional stabil sind, zugleich jedoch Herausforderungen im Bereich Beteiligung, Transformation und gesellschaftlicher Wandel bestehen.

b) Größte Herausforderungen für die amtlich zu verantwortende Kommune in den nächsten fünf Jahren

Wie Abbildung 7 zeigt, nannten die Befragten fehlende Haushaltsmittel (24 %) als größte Herausforderung für ihre amtlich zu verantwortende Kommune in den kommenden fünf Jahren. Ebenfalls häufig genannt wurden Wirtschaftskraft (10 %) und

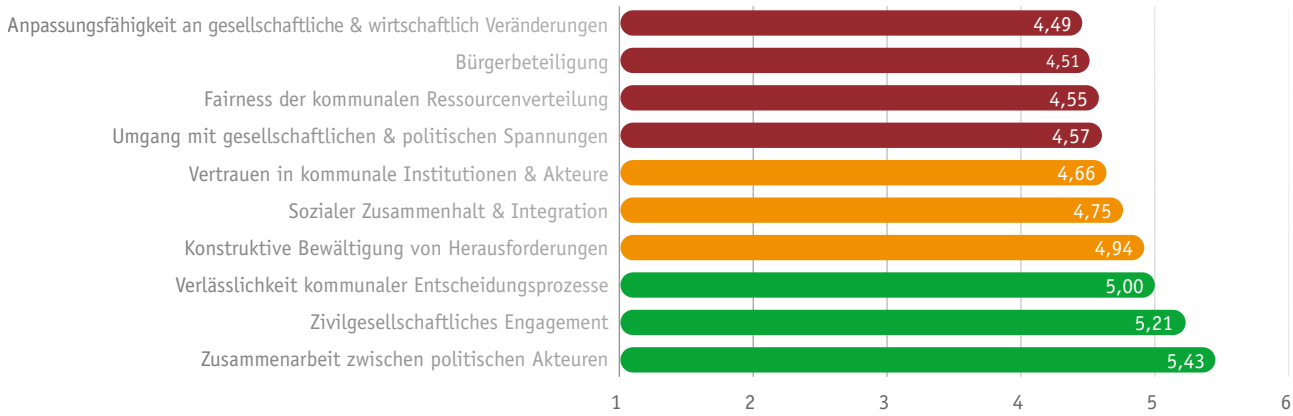


Abbildung 6: Mittelwerte der Items zur Einschätzung des politischen Miteinanders in der amtlich zu verantwortenden Kommune mittels siebenstufiger Skala (1: sehr schlecht; 7: sehr gut)

demographischer Wandel (9 %). Herausforderungen im Bereich Stadt- und Wohnraumentwicklung wurden von 7 % der Befragten genannt.

Weitere wichtige Themen sind Infrastruktur, z. B. Verkehr und ÖPNV (6 %), Energiewende (6 %), Digitalisierung (5 %) und Politikverdrossenheit bzw. sinkende Beteiligung (5 %). Ebenso wurden Fachkräftemangel (5 %), zunehmende Polarisierung und Verrohrung im Miteinander (4 %), Gesundheitsversorgung (4 %) und Bildung und Schulentwicklung (4 %) genannt.

Mit geringerer Häufigkeit wurden Themen wie Klima (z. B. Hitze, Starkregen; 3 %), Integration und gesellschaftlicher Zusammenhalt (2 %) und Migration und Aufnahme von Flüchtlingen (2 %) genannt.

Am seltensten wurden öffentliche Sicherheit (1 %), Extremismus und demokratiefeindliche Gruppen (1 %), soziale Ungleichheit (1 %) sowie sonstige Herausforderungen (1 %) genannt.

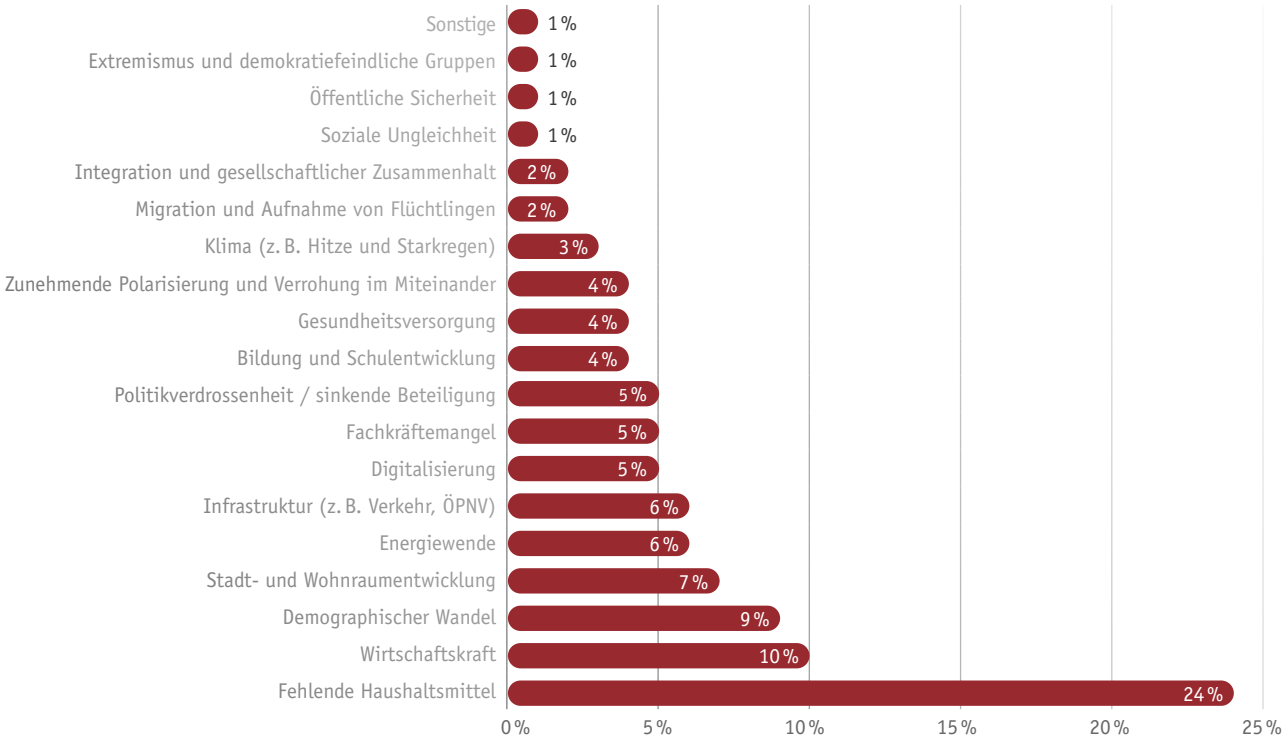


Abbildung 7:
Größte Herausforderungen für die amtlich zu verantwortende Kommune in den nächsten fünf Jahren (%)

Was wurde wie erlebt?

a) Schwerwiegendster Vorfall in der bisherigen Amtszeit

Betroffenheit, Formen und Kanäle

Insgesamt gaben **41%** der Befragten an, dass es in ihrer bisherigen Amtszeit einen Vorfall gab, den sie persönlich als **besonders belastend, einschneidend** oder **schwerwiegend** empfunden haben.

Diese Vorfälle fanden überwiegend in Form von **Beleidigung** (28 %) oder **Verleumdung bzw. üble Nachrede** (28 %) statt. Ebenfalls häufig genannt wurden **Bedrohung bzw. Nötigung** (17 %). Seltener traten Formen wie Stalking oder Nachstellung (4 %), Diskriminierung (4 %), Sachbeschädigung (4 %) oder soziale Ausgrenzung (4 %) auf. Doxxing, also die Veröffentlichung persönlicher Daten (2 %), und körperliche Übergriffe (2 %) wurden ebenfalls genannt. Sehr selten berichteten die Befragten über Erpressung (1 %), Volksverhetzung (1 %) oder sexuelle Belästigung bzw. sexualisierte Gewalt (1 %). Unter „Sonstige“ fielen 4 % der Nennungen.

Insgesamt fanden diese Vorfälle zu **36%** ausschließlich **analog**, zu **19%** ausschließlich **digital** und zu **45%** **hybrid** statt[1].
Mit Blick auf die konkreten Kommunikationskanäle berichten die Betroffenen am häufigsten von **persönlichen (Face-to-Face) Anfeindungen** (25 %). Ebenfalls häufig genannt wurden **öffentliche Beiträge in sozialen Netzwerken** (19 %), E-Mails (12 %) sowie Briefe oder Postsendungen (11 %). Seltener wurden öffentliche Printmedien (z. B. Plakate, Flyer oder Zeitungen; 8 %), sonstige Kanäle (7 %), Telefon, Anruf oder SMS (6 %) und Messenger-Dienste wie WhatsApp oder Telegram (5 %) genannt. Am seltensten entfielen die Nennungen auf Direktnachrichten in sozialen Netzwerken (4 %) sowie öffentliche Online-Medien, Blogs oder Foren (3 %).

Gründe für die wahrgenommene Schwere des Vorfalls

Die Betroffenen gaben am häufigsten an, dass der Vorfall persönlich als besonders schwerwiegend wahrgenommen wurde, weil das **persönliche Umfeld** (z. B. Familie oder Freunde; 16 %) **einbezogen** war oder eine **hohe öffentliche Sichtbarkeit bzw. mediale Aufmerksamkeit** (16 %) bestand. Ebenfalls häufig genannt wurden die **Art der Anfeindung** (z. B. Bedrohung, körperliche Gewalt oder sexualisierte Übergriffe; 15 %) sowie die **Häufigkeit oder Dauer des Vorfalls** (z. B. wiederholte oder andauernde Angriffe; 14 %).
Mit moderater Nennungshäufigkeit wurden mangelnde Unterstützung durch Dritte (z. B. keine oder unzureichende Reaktionen von Verwaltung, Polizei, Justiz oder Öffentlichkeit; 10 %), die Beteiligung mehrerer Personen oder Gruppen (z. B. organisierte Aktionen oder Gruppenübergriffe; 9 %) sowie berufliche oder persönliche Folgen (z. B. Rücktritt, Einschränkungen bei der Amtsausübung oder psychische Belastung; 9 %) angegeben.

1 *Analoge Kommunikationskanäle umfassen persönlich (Face-to-Face), Telefon, Anruf, SMS, Brief, Postsendung und öffentliche Printmedien. Zu digitalen Kommunikationskanälen zählen E-Mail, öffentliche Beiträge und Direktnachrichten in sozialen Medien, Messenger-Dienste, öffentliche Online-Medien, Blogs oder Foren. Als hybrid gelten Vorfälle, die sowohl über analoge als auch digitale Kanäle stattfanden.*

Seltener wurden der Verlust von Sicherheit oder Rückzugsräumen (z. B. wenn das eigene Zuhause oder der Arbeitsumfeld als nicht mehr sicher wahrgenommen wurde; 7 %) sowie sonstige Gründe (4 %), die den Vorfall als besonders belastend erscheinen ließen, genannt.

Umgang

Im Umgang mit dem schwerwiegendsten Vorfall suchten die Betroffenen am häufigsten **Unterstützung im privaten Umfeld,** insbesondere bei Familie oder Freunden (22 %). Ebenfalls häufig wurde **Unterstützung bei Parteifreundinnen und Parteifreunden sowie Kolleginnen und Kollegen** (20 %) gesucht.
Ein relevanter Anteil der Betroffenen gab an, den Vorfall **zur Anzeige gebracht** zu haben (18 %). Darüber hinaus suchten einige den direkten **Dialog mit der tatverdächtigen Person** (14 %), während andere den Vorfall ignorierten (11 %).
Seltener wurde der Vorfall anderweitig gemeldet (7 %), etwa innerhalb institutioneller Strukturen. Nur ein geringer Anteil nutzte spezifische Unterstützungsangebote (4 %) oder nannte sonstige Umgangsformen (4 %).

b) Letzter Vorfall in den vergangenen zwölf Monaten

Betroffenheit, Formen, Kanäle und Orte

Insgesamt gaben **34 %** der Befragten an, dass sie in ihrer aktuellen Funktion als (Ober-) Bürgermeisterin/(Ober-) Bürgermeister oder Landrat/Landrätin in den letzten zwölf Monaten (bis einschließlich 31.10.2025) verbale oder schriftliche Anfeindungen und/oder tätliche Übergriffe im analogen oder digitalen Raum erfahren haben.

Im Durchschnitt wurden entsprechende Vorfälle in den vergangenen zwölf Monaten etwa **ein- bis zweimal pro Monat** erlebt.

Die zuletzt erlebten Vorfälle äußerten sich überwiegend in Form von **Beleidigung** (37 %) sowie **Verleumdung oder übler Nachrede** (32 %). Deutlich seltener wurden Bedrohung oder Nötigung (12 %) genannt. Weitere Formen traten nur vereinzelt auf, darunter Diskriminierung (4 %), Volksverhetzung (3 %), soziale Ausgrenzung (3 %) sowie sonstige Formen von Anfeindungen (3 %).
Nur in sehr geringem Umfang berichteten die Betroffenen von Stalking oder Nachstellung (2 %), Sachbeschädigung (2 %), Erpressung (1 %) oder Doxxing (1 %). Körperliche Übergriffe sowie Erfahrungen von sexueller Belästigung oder sexualisierter Gewalt spielten hingegen nahezu keine Rolle (jeweils 0 %).

Insgesamt fanden diese Vorfälle zu **29 %** ausschließlich **analog**, zu **43 %** ausschließlich **digital** und zu **28 %** **hybrid** statt.
Mit Blick auf die konkreten Kommunikationskanäle berichten die Betroffenen am häufigsten von **öffentlichen Beiträgen in sozialen Netzwerken** (28 %). Ebenfalls vergleichsweise häufig wurden **persönliche (Face-to-Face) Anfeindungen** (18 %) sowie **E-Mail-Kommunikation** (16 %) als Kanal genannt. Weitere relevante Kanäle waren **Briefe oder Postsendungen** (12 %).
Seltener erfolgten die Anfeindungen über Telefon, Anruf oder SMS (5 %), direkte Nachrichten in sozialen Netzwerken (5 %) sowie über sonstige Kanäle (5 %). Nur vereinzelt wurden öffentliche Printmedien wie Plakate, Flyer oder Zeitungen (4 %), öffentliche Onlinemedien, Blogs oder Foren (4 %)

sowie Messenger-Dienste wie WhatsApp oder Telegram (3 %) als Kanal des letzten Vorfalls genannt.

Zum Zeitpunkt des letzten Vorfalls im analogen Raum hielten sich die Betroffenen überwiegend am **Arbeitsplatz bzw. in Diensträumen,** etwa im Rathaus (43 %), auf. Rund ein Viertel der Betroffenen befand sich **zu Hause** (24 %).
Weitere häufig genannte Orte waren **öffentliche Veranstaltungen oder Wahlkampfstände** (13 %) sowie der **öffentliche Raum,** etwa Straßen oder der öffentliche Nahverkehr (13 %).
Deutlich seltener ereigneten sich die Vorfälle in der Freizeit oder beim Sport (2 %), beim politischen Engagement außerhalb formeller Veranstaltungen, etwa beim Haustürwahlkampf (2 %), auf dem Arbeitsweg oder unterwegs (2 %) sowie bei Freunden oder im privaten Umfeld (1 %).

Bezug

Den Angaben der Betroffenen zufolge bezog sich der letzte Vorfall überwiegend auf ihrer **Rolle als Amts- oder Mandatspersonen** (87 %). Innerhalb dieser Vorfälle betraf er in mehr als der Hälfte der Fälle die Rolle als öffentliche Person (55 %). Weitere häufige Bezüge waren kommunalpolitische Sachthemen (21 %), während Parteirepräsentanz (9 %) und übergeordnete politische Sachthemen (8 %) seltener genannt wurden. Wahlkampfbezogene Themen (2 %) und sonstige Themen (5 %) spielten eine untergeordnete Rolle.
Wesentlich seltener richtete sich der letzte Vorfall gegen die Person selbst aufgrund **individueller Merkmale im Sinne von Hasskriminalität** (12 %). Innerhalb dieser Vorfälle bezog er sich am häufigsten auf die Geschlechtszugehörigkeit (31 %). In jeweils 23 % der Nennungen wurden die nationale Herkunft, die soziale Herkunft sowie das Aussehen als Bezugspunkt der Anfeindung genannt.
Nur in sehr wenigen Fällen bezog sich der letzte Vorfall auf **Familienangehörige oder das private Umfeld** (1 %).

Vermutete Motivation

Der letzte Vorfall wird von den Betroffenen überwiegend **persönlichen Motiven der tatverdächtigen Person** (80 %) zugeschrieben, während bei einem Fünftel der Vorfälle konkrete politische oder ideologische Motive (20 %) vermutet werden.
Innerhalb der Vorfälle mit vermuteten persönlichen Motiven wird am häufigsten persönliche Unzufriedenheit oder Frustration der tatverdächtigen Person (27 %) genannt, gefolgt von Unzufriedenheit mit kommunalen Entscheidungen (22 %). Ebenfalls häufig werden Egoismus oder Anspruchsdenken (16 %) sowie Uninformiertheit über politische Prozesse und die Rolle der Amtspersonen (16 %) als Motive vermutet. Weitere genannte persönliche Motive sind Intoleranz oder die Unfähigkeit, Konflikte auszutragen (14 %) und psychische Auffälligkeiten der tatverdächtigen Person (5 %).
Innerhalb der Vorfälle mit vermuteten politischen oder ideologischen Motiven werden am häufigsten parteipolitische Gegner (36 %) und politisch rechte Motive (35 %) genannt. Seltener werden radikale Positionen aus Themen oder sozialen Bewegungen (15 %), politisch linke Motive (12 %) und religiöse Motive (2 %) vermutet.

Anzeigeverhalten und Gründe für Nicht-Anzeige

Knapp ein Viertel der Betroffenen **(23 %)** hat den zuletzt erlebten Vorfall **zur Anzeige gebracht.**

Die Mittelwerte in Abbildung 8 zeigen, dass auf einer Skala von 1 (überhaupt nicht) bis 7 (sehr stark) die **Entscheidung der Betroffenen, im Rahmen des letzten Vorfalls keine Strafanzeige zu erstatten,** im Durchschnitt am stärksten durch praktische Überlegungen und Abwägungen des Aufwands beeinflusst wird. So gaben die Befragten am häufigsten an, dass der **Aufwand im Vergleich zum Nutzen zu hoch** war (MW 5,36). Ebenfalls stark relevant waren die Wahrnehmungen, dass der **Vorfall nicht schwerwiegend genug** für eine Anzeige war (MW 4,86) und dass eine **Anzeige vermutlich nichts bewirken würde** (MW 4,87).

Weitere Gründe, die häufig die Entscheidung beeinflusste, waren der **Wunsch nach Vermeidung zusätzlicher öffentlicher Aufmerksamkeit oder Eskalation** (MW 4,81), die Haltung, dass **solche Vorfälle zum Amtsalltag gehören und hinzunehmen sind** (MW 4,55), sowie die Einschätzung, dass **Ignorieren persönlich die effektivste Strategie** sei (MW 4,55). Auch der **Wunsch nach Abschluss und Ruhe** (MW 4,06) spielt eine Rolle.
Im Mittel weniger stark wurden Unsicherheiten über die Strafbarkeit des Vorfalls (MW 3,11), fehlende Energie (MW 2,81), fehlende Zeit (MW 2,24) und Angst vor Repressalien (MW 2,22) als Einflussfaktoren bewertet. Kaum eine Rolle spielten nach Einschätzung der Betroffenen das Abberaten durch Dritte (MW 1,68), Scham (MW 1,57) und Unwissenheit über Anzeigewege (MW 1,50).

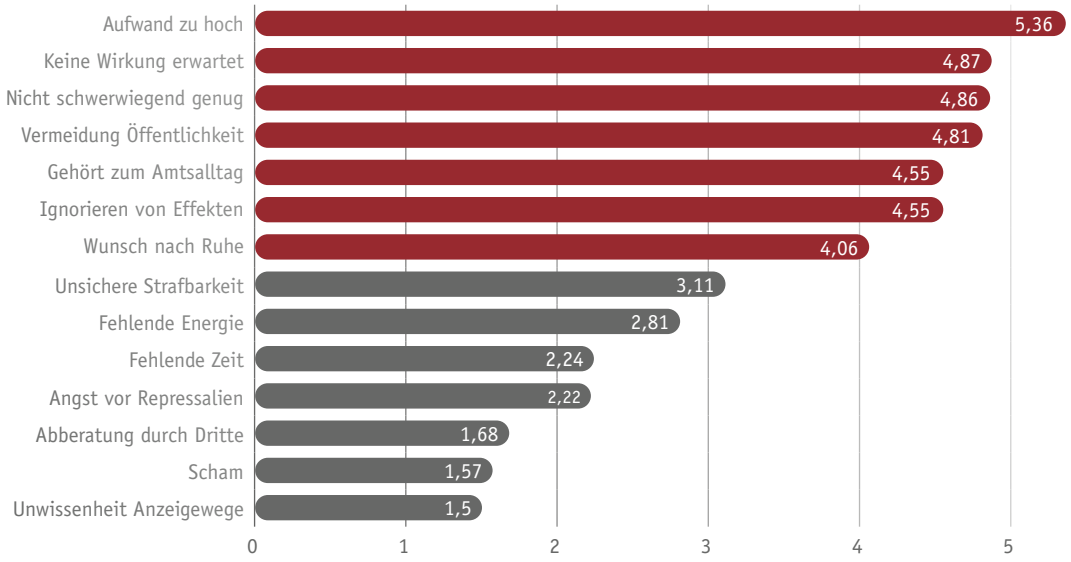


Abbildung 8: Mittelwerte der Items zur Bewertung von Einflussfaktoren auf das Anzeigeverhalten mittels siebenstufiger Skala (1: überhaupt nicht; 7: sehr stark)

Zuspitzung und Eskalation von Vorfällen

Insgesamt gibt mit **46%** knapp die Hälfte der Betroffenen an, dass sie im Rückblick auf die vergangenen 12 Monate den Eindruck hatten, dass sich **Anfeindungen gegen sie im Verlauf zugespitzt haben bzw. eskaliert sind.**
Die wahrgenommene Eskalation äußerte sich vor allem in einer Zunahme der Häufigkeit von Anfeindungen (32%). Zudem berichteten die Befragten häufig von einer Steigerung der Schwere der Vorfälle, etwa einem Übergang von Beleidigungen zu Bedrohungen (20%), sowie von der Beteiligung mehrerer Personen oder Gruppen (19%). Weitere Anzeichen einer Eskalation waren persönlichere oder gezieltere Angriffe, bei denen etwa das private Umfeld einbezogen wurde (15%), sowie ein Wechsel der Kommunikationskanäle, insbesondere von analogen zu digitalen Formaten (10%). Deutlich seltener wurde ein Wechsel von digitalen zu analogen Kanälen genannt (3%). Sonstige Eskalationsformen wurden nur vereinzelt angegeben (1%).

Folgen

Insgesamt berichten **87%** der Betroffenen, im Zuge der innerhalb der vergangenen zwölf Monate erlebten Anfeindungen und Übergriffe **psychische und/oder physische Folgen** erlebt zu haben.
Wie Abbildung 9 zeigt, wurden als konkrete Folgen am häufigsten Rufschädigungen genannt (13%). Ebenfalls vergleichsweise häufig traten Schlafprobleme auf (12%). Darüber hinaus berichteten Betroffene von Selbstzensur bei öffentlichen Äußerungen (9%) sowie von depressiven Verstimmungen wie Abgeschlagenheit oder Antriebslosigkeit (9%). Weitere verbreitete Folgen waren die Einschränkung der Nutzung sozialer Medien (8%) sowie die Entscheidung, bei einer Neuwahl nicht erneut anzutreten (7%). Jeweils 6% gaben an, Probleme bei der Ausübung ihrer politischen Arbeit erlebt zu haben, eine Amts- oder Mandatsniederlegung erwogen zu haben oder Verhaltensänderungen im Alltag vorgenommen zu haben.

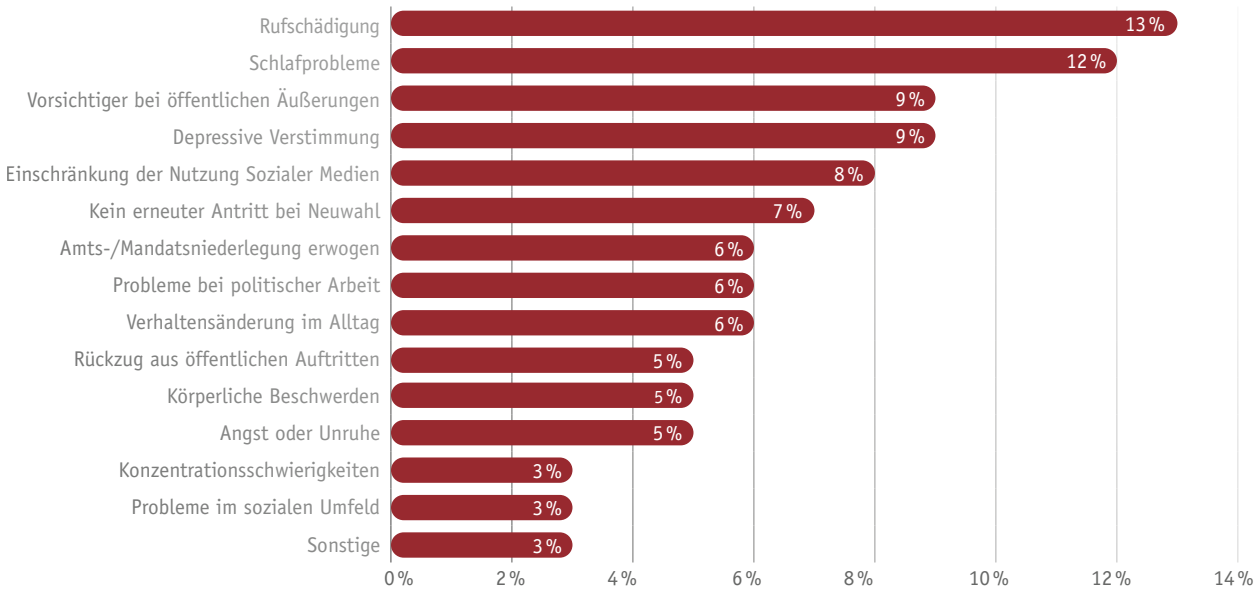


Abbildung 9: Berichtete Folgen (Mehrfachnennungen; %)

Seltener genannt wurden psychische und körperliche Belastungen wie Angst oder Unruhe (5%), psychosomatische Beschwerden (5%) sowie ein Rückzug aus öffentlichen Auftritten oder das Meiden bestimmter Orte (5%). Noch seltener berichteten die Befragten von Konzentrationsschwierigkeiten (3%) oder Problemen im engeren sozialen Umfeld (3%). Unter „Sonstige“ (3%) wurden weitere Folgen zusammengefasst, wobei physische Verletzungsfolgen nur in Einzelfällen angegeben wurden.

Schutzmaßnahmen

Insgesamt gaben **51%** der Befragten an, dass sie **zusätzliche Maßnahmen zum Schutz** von kommunalpolitisch tätigen Amts- und Mandatspersonen von Anfeindungen und Übergriffen für **erforderlich** halten.
Wie Abbildung 10 veranschaulicht, wird als konkret erforderliche Schutzmaßnahme am häufigsten eine **konsequente Strafverfolgung** – auch im digitalen Raum – genannt (20%). Ebenfalls häufiger genannt wurde eine **stärkere Regulierung von Hass und Anonymität im Netz** (13%). Darüber hinaus werden **vereinfachte und digitale Möglichkeiten zur Anzeige** (9%) sowie **Aufklärung und Sensibilisierung der Öffentlichkeit** (9%) vergleichsweise häufig als dringend angesehen. Jeweils 8% der Nennungen entfallen auf **Anlaufstellen speziell für kommunalpolitisch Engagierte** sowie auf **mehr Personal und spezialisierte Stellen bei der Polizei.**
Seltener genannt wurden psychologische bzw. rechtliche Unterstützung (7%), mehr Personal und spezialisierte Stellen in der Justiz (6%), Schulungen zu Selbstschutz und Kommunikation (6%), bessere Unterstützung durch übergeordnete Behörden (5%) und verbesserte Melde- und Reaktionsverfahren auf Plattformen (5%). Konkrete bauliche oder technische Schutzmaßnahmen spielen mit 4% eine untergeordnete Rolle.

Zusätzlich gab mehr als ein Viertel der Befragten **(27%)** an, dass ihnen **spezialisierte Anlaufstellen für kommunale Amts- und Mandatspersonen** im Umgang mit Anfeindungen und Übergriffen im Amtsalltag **bekannt** sind.

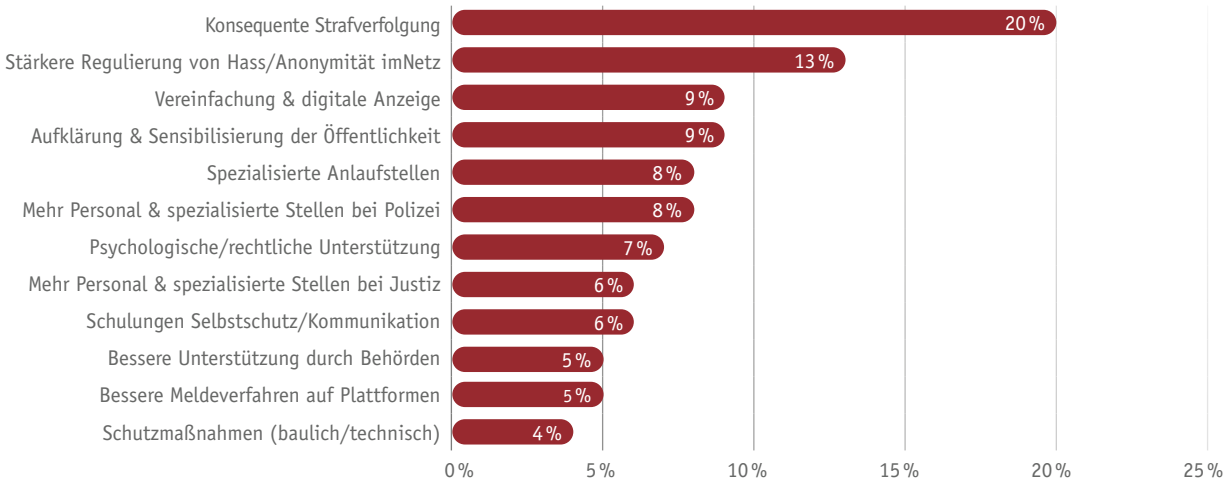


Abbildung 10: Erforderlich Schutzmaßnahmen (Mehrfachnennungen; %)

c) Betroffenheit von Familienangehörigen und Mitarbeitenden in den vergangenen zwölf Monaten

Vorfälle gegen Familienangehörige – Betroffenheit, Formen und Anzeigebereitschaft

Insgesamt gaben **8%** der Befragten an, dass ihre **Familienangehörigen** in den letzten zwölf Monaten von Anfeindungen oder Übergriffen inner- und außerhalb des digitalen Raums betroffen waren.

Diese traten vor allem in Form von **Verleumdung bzw. übler Nachrede** (31%) und **Beleidigungen** (27%) auf. Ebenfalls häufiger genannt wurden soziale Ausgrenzung (11%) sowie Bedrohung oder Nötigung (8%) und Stalking/ Nachstellung (6%).

Seltener berichteten die Befragten von Diskriminierung (4%), Sachbeschädigung (4%), Doxxing (3%) oder körperlichen Übergriffen (2%). Sehr selten wurden Erpressung, Volksverhetzung oder sexualisierte Gewalt genannt (jeweils 0-1%). Unter „Sonstige“ wurden weitere, vereinzelte Formen von Anfeindungen erfasst (3%).

Mit Blick auf die Anzeigebereitschaft wurden **27% dieser Vorfälle angezeigt.**

Vorfälle gegen Mitarbeitende – Betroffenheit, Formen und Anzeigebereitschaft

Insgesamt berichten **36%** der Befragten, dass sie Kenntnis davon haben, dass in den letzten zwölf Monaten **Mitarbeitende ihrer Verwaltung oder Mitglieder der Stadt- bzw. Gemeindevertretung** im Rahmen ihrer Tätigkeit Anfeindungen oder Übergriffe erlebt haben. Davon berichten 73% von Mehrfachvorfällen und 27% von Einzelfällen.

Diese fanden überwiegend in Form von **Beleidigungen** (38%), **Verleumdung bzw. üble Nachrede** (21%) und **Bedrohung oder Nötigung** (21%) statt. Seltener traten körperliche Übergriffe (3%), Stalking oder Nachstellung (3%), soziale Ausgrenzung (3%) sowie Diskriminierung (4%) auf. Erpressung, Doxxing und Volksverhetzung wurden mit jeweils 2% nur vereinzelt berichtet. Unter „Sonstige“ wurden weitere, einzelne Formen von Anfeindungen erfasst (1%).

Mit Blick auf die Anzeigebereitschaft wurden **46%** dieser Vorfälle **zur Anzeige gebracht.**

Fazit und Ausblick

Die Ergebnisse der Herbstbefragung 2025 zeichnen ein vielschichtiges Bild der aktuellen Anfeindungssituation kommunalpolitischer Amtsträgerinnen und Amtsträger in Deutschland. Mit 34 % berichtet mehr als ein Drittel der Befragten von Anfeindungen oder Übergriffen im analogen und digitalen Raum zwischen November 2024 und Oktober 2025 – ein Befund, der die anhaltende Relevanz des Phänomens unterstreicht. Dabei zeigt sich, dass Anfeindungen verstärkt im digitalen Raum stattfinden: Während der schwerwiegendste Vorfall in der bisherigen Amtszeit noch überwiegend hybrid (45 %) oder analog (36 %) erlebt wurde, war der letzte Vorfall in den vergangenen zwölf Monaten bereits bei 43 % ausschließlich digital. Soziale Netzwerke haben sich damit als zentraler Kanal für entsprechende Anfeindungen etabliert.

Besonders besorgniserregend ist das Ausmaß der berichteten Folgen: 87 % der Betroffenen geben an, psychische und/oder physische Beeinträchtigungen erlebt zu haben. Neben individuellen Belastungen wie Schlafproblemen und depressiven Verstimmungen zeigen sich auch demokratierelevante Konsequenzen: So berichten 6 % der Betroffenen, eine Amts- oder Mandatsniederlegung erwogen zu haben, und 7 % geben an, bei einer Neuwahl nicht erneut kandidieren zu wollen. Zudem berichtet knapp die Hälfte der Betroffenen (46 %) von einer wahrgenommenen Zuspitzung oder Eskalation der Anfeindungen im Verlauf des vergangenen Jahres – ein Hinweis darauf, dass es sich vielfach nicht um isolierte Einzelereignisse, sondern um dynamische Prozesse handelt.

Das Anzeigeverhalten bleibt weiterhin gering: Nur knapp ein Viertel der Betroffenen (23 %) brachte den letzten Vorfall in den vergangenen zwölf Monaten zur Anzeige. Als zentrales Hemmnis erweist sich weniger Unwissenheit oder Angst als vielmehr eine pragmatische Aufwand-Nutzen-Abwägung – verbunden mit einer weit verbreiteten Skepsis gegenüber der Wirksamkeit rechtlicher Schritte. Diese Befunde legen nahe, dass niedrigschwellige und vereinfachte Meldewege sowie eine konsequentere Strafverfolgung – auch im digitalen Raum – von den Betroffenen selbst als vordringliche Handlungsbedarfe wahrgenommen werden, wie die Angaben zu gewünschten Schutzmaßnahmen bestätigen.

Die Ergebnisse machen zudem deutlich, dass Anfeindungen nicht auf die Amtspersonen selbst beschränkt bleiben: 8 % der Befragten berichten von Vorfällen gegen Familienangehörige, und 36 % haben Kenntnis von Anfeindungen gegen Mitarbeitende der Verwaltung oder Mitglieder der Gemeindevertretung – davon in der Mehrheit als Mehrfachvorfälle. Das Phänomen entfaltet damit ein Wirkungsfeld, das weit über die unmittelbar betroffenen Amtspersonen hinausreicht.

Die nächste Erhebungswelle im Herbst 2026 wird Aufschluss darüber geben, inwiefern sich die hier berichteten Befunde stabilisieren, verändern oder weiter zuspitzen – und damit die Grundlage für eine systematische Längsschnittbetrachtung des Anfeindungsgeschehens gegenüber kommunalpolitischen Amtsträgerinnen und Amtsträgern in Deutschland weiter stärken. Die gewonnenen Erkenntnisse fließen dabei fortlaufend in den Austausch mit Akteuren aus Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft ein und sollen so zur Weiterentwicklung evidenzbasierter Präventions- und Unterstützungsangebote auf kommunaler Ebene beitragen.

Weitere Informationen zum Kommunalen Monitoring und den Ergebnissen.

Impressum

MOTRA-Verbundpartner

Bundeskriminalamt
Berghof Foundation
GIGA
Hochschule Fresenius
KIT Karlsruher Institut für Technologie
KRIMZ
LMU Ludwig-Maximilians-Universität München
Universität Hamburg
WZB Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Gefördert vom

Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt
Bundesministerium des Innern
Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Angaben gemäß § 5 TMG
Dr. Uwe Kemmesies
Äppelallee 45
65203 Wiesbaden

Vertreten durch
Dr. Uwe Kemmesies
E-Mail: motra@bka.bund.de

Verantwortlich für den Inhalt nach § 55 Abs. 2 RStV
Dr. Uwe Kemmesies
Äppelallee 45
65203 Wiesbaden

Redaktion
Isabelle Holz

Layout
Studio Halvar

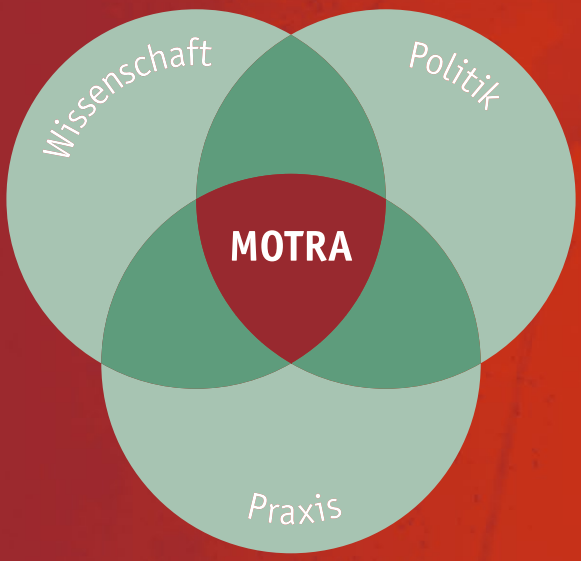
Forschungskoordinator (MOTRA-Verbund)
Dr. Uwe Kemmesies

Kontakt
Fragen zu MOTRA allgemein: motra@bka.bund.de
Fragen zum Inhalt dieser Ausgabe an:
Sarah Bitschnau, Kirsten Eberspach, Laura Sosnowski: kommunalmonitor@bka.bund.de

motra

MOTRA

Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung



Der MOTRA-Forschungsverbund vereint in einem Spitzenforschungscluster neun institutionelle Partner aus renommierten universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie unterschiedlichen wissenschaftlichen Fachdisziplinen. MOTRA sucht den kooperativen Dialog auf Augenhöhe mit weiteren wissenschaftlichen Forschungsverbünden und Netzwerkpartnern aus Praxis und Politik und verfolgt dabei zwei zentrale Zielstellungen:

1. Monitoring

Es soll durch MOTRA ein Monitoringsystem aufgebaut werden, mittels dessen das politisch und/oder religiös begründete Radikalisierungsgeschehen in Deutschland auf einer breiten Datenbasis fortlaufend beobachtet wird. Ziel ist es die Verbreitung, Entwicklungstrends sowie begünstigende Konstellationen für Extremismus und Radikalisierung besser erfassen zu können.

2. Wissenstransfer

Weiterhin verfolgt MOTRA den Aufbau und die Etablierung einer multifunktionalen Austauschplattform zur Gestaltung eines direkteren Wissenstransfers zwischen den Handlungsfeldern wissenschaftlicher Forschung, sozialer Praxis und Politikgestaltung.

motra@bka.bund.de
www.motra.info
motra.bsky.social
MOTRA-Transfer
motra-monitoringsystem-und-transferplattform-radikalisierung

Bundeskriminalamt
Berghof Foundation
GIGA German Institute for Global and Area Studies Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien
Hochschule Fresenius University of Applied Sciences
KIT Karlsruher Institut für Technologie
KrimZ Kriminologische Zentralstelle
LMU Ludwig-Maximilians-Universität München
UHH Universität Hamburg Der Forschung | der Lehre | der Bildung
WZB Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung